

Chorner Zeitung.



Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme des Montags. — Pränumerations-Preis für Einheimische 2 M^r — Auswärtige zahlen bei den Kaiserl. Postanstalten 2 M^r 50 P.

Redaktion und Expedition Säckerstraße 255.

Inserate werden täglich bis 2 Uhr Nachmittags angenommen und kostet die fünfpaltige Zeil gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 10 P.

Nro. 273.

Begründet 1760.

1877.

Donnerstag, den 22. November.

Telegraphische Depesche

der Chorner Zeitung. 21. 11. 77. 1 Uhr Nhm.

Paris. 21. November. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, würden das Neukabinett bilden: General Rothebouet Krieg und Präsidium, Welche Innen-, Batteie) Unterricht, Poncer Duertier Finanzen, Depenre Justiz, Banneville Auswärtiges, Dupuy Delorme Handel, Montgolfier öf. fentliche Arbeiten und Sicquel Marine.

Das preußische Unterrichtsgesetz.

h. Das längst erwartete preußische Unterrichtsgesetz ist, nach den Versicherungen gut unterrichteter Zeitungen noch weit davon entfernt, dem Landtage unterbreitet werden zu können. Der Stein des Anstoßes soll in dem Widerstreben des Finanzministers liegen gegen die Kosten, welche dieses Gesetz dem Lande auferlegen würde. Die liberalen Parteien Preußens sind durch diese Mittheilung sehr überrascht worden. Darauf waren sie wohl gefaßt, daß die Unterrichtsvorlage sich nicht durch Freiheitlichkeit auszeichnen werde. Daran aber hatte Niemand gedacht, daß finanzielle Rücksichten ein Hinderniß des Zustandekommens des Entwurfs abgeben könnten. Der Stand des Volksschulwesens im Staate der Intelligenz ist allen Nachrichten zufolge ein überaus betrübender, so daß man allen Ernstes die Behauptung, „der preußische Schulmeister habe die Kriege gewonnen“ für eine leere Phrase halten muß. Es ist Thatsache, daß viele Lehrstellen in Preußen gar nicht besetzt sind und daß viele andere von gänzlich untauglichen und unvorbereiteten Leuten verwaltet werden. Es fehlt eben in Preußen das Geld zur ausreichenden Besoldung befähigter Personen. Man sieht in Preußen darauf, gute Gymnasien und Universitäten und eine mehr oder weniger hochgebildete Bevölkerungsminorität zu besiegen; das ebenso wichtige Volksschulwesen wird als Alchenbrödel behandelt. Es scheint, als halte man es für politisch zweckmäßig, die Bildung der großen Masse des Volkes unter einem gewissen Niveau zu erhalten. Es mag sein, daß dadurch eine gewisse Anzahl konservativer Wahlsiege sichergestellt, dem Anwachsen des liberalen Geistes Eintrag gethan wird. Allein, es fragt sich, ob das dem Staate und der Nation auf die Dauer zum Vortheile gereicht. Wir glauben das Gegenteil. Von vielen kleinen Bundesstaaten abgesehen, hat der protestantische Theil Bayerns z. B. bereits in Bezug auf Volksschulwesen und Volksbildung eine ganz auffallende Überlegenheit über Preußen erlangt. Und es gibt concurrirende Nationen, die zwar heute die obligatorische Schulpflicht noch nicht haben, die aber über kurz oder lang derselben iheilhaftig werden und vermöge ihres ungeheuren Erntriebes und ihrer raschen Auffassungsgabe leicht ein anderes Volk austechen können, das, wenn auch nicht auf seinen militärischen, so doch auf seinen pädagogischen Vorbeeren ausruhen zu dürfen meinte. Und schließlich beeinflusst die Durchschnittsbildung des Volkes doch auch die Leistungsfähigkeit der Armee. Was aber die Regierung durch ein geringeres Maß der Volksbildung bei den Wahlen auf der einen Seite gewinnt, verliert sie sicher auf der andern. In den katholischen Provinzen kommt jede Unterlassungsfürde auf dem Felde des Volksschulunterrichts den Feinden des Staates und der Regierung zu Statthen.

Man muß sich umso mehr über die Richtachtung so feststehender Thatsachen von Seiten der preußischen Regierung wundern, als ja Fürst Bismarck vor gar nicht langer Zeit selbst Aeußerungen gethan hat, welche wenigstens den leitangeführten Punkt bestätigen. Den ihn in Kissingen besuchenden Württembergischen Geistlichen sagte er unter Anderem: „Zu diesen Kämpfen fällt besonders der Schule eine wichtige Aufgabe zu, von ihr wird eine

langsame, aber sichere Wirkung ausgehen... Gegen solche Dinge, wie in Marpingen und Lourdes, richten wir mit anderen Mitteln nichts aus, da kann nur die Schale Heilung bringen.“ — Soll aber die Schule diese hohe culturhistorische Aufgabe erfüllen, so muß man sie auch in zweckmäßiger Weise zu diesem Kampfe ausrüsten. Läßt man sie verkümmern, wie dies in Preußen vielfach geschieht, dann wird sie unfähig sein, die ihr von Bismarck zugeschriebene Mission auszuführen.

Für's Volksschulwesen, für die Volksbildung kann kein Staat zu groÙe Ausgaben machen. Auf diesem Felde rentirt sich Alles, kommt jeder angemendete Thaler der Allgemeinheit zum Besten, zum Besten speciell freilich auch dem politisch-socialen Fortschritte. Daß die Volksbildung auch diesem zu Statten kommt, das ist jedoch der Hauptgrund, der so manchen Staatsmann und Politiker abhält, dem Volksschulwesen die Aufmerksamkeit und Sorgfalt zu widmen, welche das Interesse des Staates und des Volkes erheischt.

Das ist eine belagenswerthe Thatsache, aber eine Thatsache, die vielleicht auch die Verzögerung der Unterrichtsgesetzvorlage in Preußen mit zu erklären geeignet ist.

Der Krieg.

Aus den nunmehr vorliegenden näheren Nachrichten über die Eroberung von Kars ergiebt sich, daß die gesamte türkische Besatzung nur etwa 10,900 Mann betrug. Trotzdem wehrte sie sich gegen die russische Uebermacht verzweifelt und machte noch zuletzt den Versuch, sich durchzuschlagen, der ihr auch anfänglich gelückt zu sein scheint, bis sie von der russischen Kavallerie eingeholt und abgeschnitten wurde. Der plötzliche Fall von Kars ist wohl der schwerste Verlust, welcher bisher die türkischen Armeen getroffen hat; der Verlust von Armenien ist damit eine vollständig vollzogene Thatsache, der russisch-türkische Krieg in Armenien nahezu zu Ende, denn der Fall von Erzerum ist jeden Tag zu erwarten.

Wiener Blätter geht folgendes Telegramm aus Konstantinopel, den 18. November zu: Zahlreiche Bewohner Bajezids flüchten nach Persien; der türkische Konsul in Täbris hat Befehl erthalten, diese Flüchtlinge zu unterstützen. Topraf-Kaleh (in der Ebene von Alashgard) wird von den Russen besetzt. — Der persische Konsul in Erzerum, Ali Hussein Khan, erließ einen Auf- ruf an seine in dieser Stadt wohnenden Landsleute, sich in Allem den Verordnungen des türkischen Festungs-Gouverneurs zu fügen und dessen Aufforderung, Transportmittel zur Verprovisionirung der Stadt herzustellen, Folge zu leisten.

Vom europäischen Kriegsschauplatze liegt unter Konstantinopel eine Meldung Suleiman Paschas aus Nasgrad vom 18. vor, betreffend die Rekognosirungsgesetze, welche durch ein offizielles russisches Telegramm aus Bogot, 17., gemeldet worden sind. Es heißt darin, der Feind führe nach allen Richtungen hin Rekognosirungen aus. Ibrahim Pascha habe bei Kochowo (am Com) ein Gefecht mit 3 Schwadronen russischer Kavallerie gehabt, sich aber vor herbeigekommenen überlegenen Streitkräften zurückziehen müssen. Die von Saloniki abgeschickten Truppen seien in der Nähe von Kazeljewo auf russische Kavallerie und Infanterie gestossen und hätten dieselbe gegen Kazeljewo hin zurückgedrängt. Ein türkischer Rekognosirungstrupp habe die bei Pyrgos befindlichen russischen Vorposten zurückgedrängt und unter dem Schutz der in Peilek stehenden Reserve sich zurückziehen können, ehe die aus 5 Bataillonen bestehenden russischen Verbündeten herbeigekommen. Ebenso habe zwischen türkischer Hülfskavallerie und russischer Infanterie und Artillerie beim Dorfe Dedebal unweit Sliwno ein Gefecht stattgefunden.

Gewiß über jenes furchtbare Ereignis. Haben Sie schon — oder glauben Sie jemals die Thäter zu ermitteln?

„Ich bin sicher, daß wir sie finden werden!“ erwiderte Hunter scheinbar gleichgültig; die Frage, und besonders der Ton derselben schien ihm aber doch etwas soudertlich, so daß er sie schärfer beobachtete.

„Sie haben doch nicht etwa Verdacht auf Mr. Lindsay?“

Das war eine Frage, die Hunter am allerwenigsten von ihr erwartet hatte.

„Ich hoffe, daß Sie ihn nicht im Verdacht haben,“ fuhr Mrs. Kernot fort; „denn es wäre doch gar zu schrecklich; nicht allein, weil er mit Lord Temple verwandt ist, sondern auch und ganz besonders, weil er mit dem armen Parsey so gut bekannt war, obwohl er sehr gut wußte, weshalb dieser einen andern Namen angenommen hatte. Man möchte sagen —“

„Was möchte man sagen?“ forschte Hunter, als die Wittwe sich plötzlich unterbrach.

„Sie wissen, mein lieber Mr. Hunter, daß der Baron bereits bei Jahren ist, und Mr. Lindsay ist so viel im Hause — sie waren früher ein Liebespaar —“

„Wer?“

„Mr. Lindsay und Lady Temple — ganz gewiß! Selbst jetzt flüstert man noch, daß sie einander mehr zugethan sind, als man für gut hält; und der arme Baron ist so ahnungslos und vertrauensvoll! Aber die Welt ist so schlecht, daß man auf solches Gerede nicht viel geben kann. Doch seien Sie, für den Fall, daß Lord Temple etwas zustoßen sollte, würde sein Weg so klar sein, besonders wenn Mr. Parsey getötet worden wäre — wenigstens würde die Welt es in diesem Lichte darstellen. Meinen Sie nicht auch?“

„Sie sprachen soeben mit Mr. Lindsay?“ fragte sie.

„Ja.“

Deutschland.

△ Berlin, den 20. November. 17. Sitzung des Abgeordnetenhauses. Beginn der Sitzung Vorm. 11. Uhr. Das Andenken des verstorbenen Abg. v. Doek wird durch Erheben von den Sigen geehrt. Der Antrag des Freih. v. Fürth betr. die Aufhebung des Strafverfahrens gegen den Abg. Franssen wird angenommen. Es folgt die 1. Berathung des Gesetzes betr. die Errichtung der Gerichte sowie des Justizausführungsgesetzes.

Justizminister Leonhardt bemerkt zunächst, daß die vorliegenden Gesetze die wichtigsten Vorlagen seien, welche durch die deutschen Justizgesetze notwendig geworden seien. Er hoffe, daß die Gesetzwürfe baldigst verabschiedet werden können. Zu den eleganten Arbeiten gehöre das Ausführungsgesetz nicht; es sei ja auch an sich nicht leicht verständlich. Das läge in der Natur der Sache. Denn andernfalls hätte man das ganze Gerichtsverfassungsgesetz mit aufnehmen müssen. So erscheine diese Vorlage gleichsam als Anhang zu den betr. Reichsgesetzen. Auch der Gesetzwurf betr. die Errichtung der Landgerichte und Oberlandesgerichte sei aus der reiflichsten Überlegung hervorgegangen. Wenn das Haus Änderungen vornehmen wolle, werde es nichts Anders thun, als die Zufriedenheit und Unzufriedenheit zu transferiren. Die Regierung sei vollständig objektiv verfahren. Er nehme nicht für sich, wohl aber für die Mitarbeiter das Verdienst in Anspruch, daß Menschenmöglich geleistet zu haben. Abg. Dr. Easter ist der Ansicht, daß im Allgemeinen bei jedem Sitz die Interessen der Justizpflege den Ausschlag geben müssen. Nur wenn zwei Orte im Neubrigen gleiche Berechtigung hätten, könne man dem Besitzstande gleiche Rechnung tragen, event. würde er aber, wenn alle Verhältnisse gleich schwer für beide Orte sprechen, am liebsten das Los entscheiden lassen. Was den anderen Entwurf betrifft, so spricht er seine Befriedigung darüber aus, daß das Obertribunal beseitigt sei. Ueberhaupt kann die preußische Regierung und Volksvertretung für sich die Anerkennung beanspruchen, auf diesem Gebiete dem nationalen Gedanken zu seinem vollen Rechte verholzen zu haben. Bayern werde allein das odiose Privilegium eines höchsten Gerichts genießen. Den wegen der Straffachen gemachten Vorbehalt kann er nicht billigen, zumal der Verdacht entstehe, daß ein preußischer Spezialgerichtshof für politische Verbrechen geschaffen werde. Die Jurisdiktionsbezirke müßten auf Grundlage des zu behandelnden Stoffes durch das Gesetz festgestellt werden und dürften nicht Gegenstand der Entscheidung durch die Verwaltung sein, wenn auch bei der ersten Eintheilung wesentliche Erleichterungen eintreten könnten. Schon der Kommission mußte mindestens ein Tableau der zu errichtenden Umtsgerichte vorgelegt werden. Die Frage der Zulässigkeit der Gerichtstage an einzelnen Orten durch Anordnung des Justizministers bedürfte noch näherer Erörterung. Was den Titel: Richteramt betrifft, so hält er die Anordnung einer Stellvertretung für einzelne Tage und Fälle für äußerst bedenklich. Lebhaften Anstoß erregen ihm die Bestimmungen über das Recht der Aufsicht. Eine Ordnungsstrafe gegen den Richter dürfe nie auf bloßer Verfügung beruhen, sondern nur Folge eines Disziplinarverfahrens sein.

Die Übergangsbestimmungen seien nicht rücksichtsvoll genug für die Beamten. Es sei zuviel verlangt von langdienenden Richtern, jede Verleihung annehmen zu sollen. Gerne hätte er gesehen, daß bei Berathung dieses Gesetzes schon die Rechtsanwalts-Ordnung vorgelegen hätte, da sie notwendig wesentlich von Einfluß auf die Vorlage sei. — Justizminister Dr. Leonhardt erklärt, daß ihm die ausgesprochenen Bedenken völlig unerwartet gekommen seien. Er hätte nichts dagegen, wenn Sitz und Bezirk der

den Gesichts ein wenig zu unschuldig vorgekommen, dann hätte er auf ihre Eingabeung vielleicht Gewicht gelegt; so aber war ihm die Sache etwas verdächtig — ihm war ja Alles verdächtig.

„Er lenkt den Verdacht auf sie,“ dachte er, „und sie heißt mich auf ihn. Das Dunkel des Geheimnisses wird durch solche Hölle nicht geklärt; und wenn ich noch mehr neue Ideen anhöre, gerathet ich schließlich in gänzliche Finsternis.“

„Nein,“ sagte er ruhig, aber bestimmt. „Mr. Lindsay weiß so viel und denkt noch mehr über diese Angelegenheit, als Andere, aber er ist nicht dabei beihilft gewesen. Mit demselben Recht, wie ihn, könnte ich auch Sie in Verdacht nehmen.“

Mr. Kernot wurde durch diese Erklärung betroffen; sie lächelte so reizend, als wolle sie damit den Verdacht weit von Lindsay entfernen.

„Bald aber werden wir Licht in die Sache bringen,“ fuhr der Geheimpolizist fort, seine kleinen Augen fest auf die Wittwe gerichtet, um die Wirkung seiner Worte zu beobachten; „denn wie ich höre, ist James Warren in London verhaftet worden. Er hatte eine große Summe Geldes bei sich, über dessen rechtmäßigen Erwerb er sich nicht legitimiren kann. Das anzustellende Verhör wird bald Weiteres ergeben.“

Mr. Kernot erhöhte und erleichterte und sah den Sprecher forschend an; aber sogleich beherrschte sie sich und sagte mit ungläubigem Lächeln:

„Es wäre gut, wenn man ihn gesangen hätte, denn er muß ein schlechter Mensch sein, daß er sich an seinem Offizier vergreifen könnte, der so gut gegen ihn gewesen ist und ihn nur einmal bestraft hat.“

„Er hat ihn bestraft?“

„Ja.“

Amtsgerichte durch Gesetz bestimmt würden. Das lasse aber die Kürze der Zeit nicht zu. Ein Prinzip, nach welchem die Amtsgerichte zu bilden seien, erscheine ihm unmöglich. Die Neuerung des Vorredners, daß es gegen den Geist der Justizgesetze sei, etatsmäßige Richter zu anderen Gerichten zur Aushilfe zu ziehen, habe ihn befremdet. Wenn dies nicht geschehen soll, so müßten Assessoren zugezogen werden, gerade das was das Reichsgesetz vermeiden wolle. Abg. Thilo ist den Bestimmungen der Vorlage betreffend die Bildung der Amtsgerichte nicht entgegen, die Gerichtstage hätten sich als praktisch erwiesen; die Vertretung des Staatsanwalt durch den Richter erscheine zulässig, da ein Referendar den Staatsanwalt nicht vertreten dürfe. Das Institut der Staatsanwälte müsse gehoben werden durch Maßnahmen, wie sie in der Provinz Hannover bestehen. Der Staatsanwalt sollte nicht durch Verfügung des Ministers zur Disposition gestellt werden können. Die Bestimmungen über die Justizaufsicht bedürften der sorgfältigsten Prüfung. Die Ernennung der Amtsrichter und Landrichter müsse — wie es in Frankfurt a. M. schon jetzt geschehe — durch den König erfolgen. Abg. Windthorst-Bielefeld erkennt an, daß die Vorlage der Verpflichtung, sich möglichst eng an die Reichsgesetze anzuschließen, Meidung trage. So sei es sehr zu billigen, daß sich die Regierung zur Beseitigung des Obertribunals entschlossen habe.

Die Gründe, welche die Regierung für die Konstituierung des Oberlandesgerichts Berlin als dritte Instanz für die Gegenstände der nicht streitigen Gerichtsbarkeit angeführt habe, sprechen auch gegen diese Einrichtung. Es würden bald Zweifel entstehen, welche Sachen vor die Oberlandesgerichte der Provinzen und welche vor das Oberlandesgericht Berlin gehören. Wenn man Rechtseinheit wolle, so möge man sich mit der zweiten Instanz begnügen und als solche das Oberlandesgericht Berlin constitutiren. Redner kommt sodann auf das Richteramt, besonders die Garantien für die Unabhängigkeit desselben. Die Staatsanwälte sollten nicht, wenn sie den Anweisungen des Justizministers nicht folgen, abgesetzt werden können. Endlich bespricht er noch die Organisation der Gerichte; er sei bereit, dem Justizminister die weitesten Vollmachten zu geben, aber man müsse sich wenigstens über die allgemeinen Normen einigen. Er schlägt zur Vorberatung der beiden Entwürfe eine Commission von 28 Mitgliedern vor. Abg. Löwenstein ist mit diesem Autrage völlig einverstanden. Er glaube nicht, daß die Geschäfte der Commission so groß sein werde, wie der Abg. Lasker befürchte, da es sich doch nur um wenige streitige Punkte handle. Einzelne Herren, die wahrscheinlich die Wünsche ihrer Wahlbezirke hinsichtlich des Gerichtssitzes erfüllt sehen, scheinen das Zustandekommen des Gesetzes möglichst beschleunigen zu wollen. Die Verfassung bestimme, daß die Sitz der Gerichte durch Gesetz festzustellen seien. Bei dem Landgerichte dürfte es genügen den Sitz, bei den Oberlandesgerichten müsse aber auch der Bezirk durch Gesetz festgesetzt werden. Auch daran halte er fest, daß die Sitz der Amtsgerichte durch Gesetz festzusetzen sei, wenn auch erst in einigen Jahren. Daß — wie Vorredner behauptet hatte, — die Richter durch Orden oder Titel beeinflußt werden könnten, beweiselt er entschieden. Die collegialische Beratung der Aufsichtsbeamten in 3. Instanz hält er nach den Eindrücken, die er seit seinem Eintritt in das Richteramt empfangen hat, für einen großen Schuß. Die Vorlage sei mit der größten Sorgfalt und mit dem Bestreben bearbeitet, den Reichsjustizgesetzen gerecht zu werden. Abg. Windthorst-Meppen lobt den Gesetzentwurf wegen der Klarheit seiner Redaktion und der Gründlichkeit seiner Motivierung. Aber das schließe nicht aus, daß man in manchen Punkten verschiedener Ansicht sein könne; aber darüber werde sich eine Einigung erzielen lassen. Man könne den Justizminister aus seiner politischen Stellung, in der er sich nothwendig befindet nicht herauslösen und deshalb müsse man Kautelen verlangen. Er sage dies, um die Verhandlung von vornherein auf einen sachlichen Boden zu stellen und die Unterstellung auszuschließen, als sei von Misstrauen gegen den Justizminister die Rede. Er kommt auf die Frage der Amtsgerichte, welche er für das Wichtigste hält. Es wäre nach seiner Ansicht richtig gewesen, erst einen Gesetzentwurf über die Bildung der Amtsgerichte vorzulegen, und dann auf dieser Basis — die Landgerichte und Oberlandesgerichte festzusetzen. Es scheine eben in Preußen Mode zu sein, von oben nach unten zu bauen, wie das ja auch bei der Verwaltungsreform geschehen sei. Auf die Ordens- und Titelfrage will er nicht näher eingehen, da diese Frage im Reichstage bereits entschieden sei; aber das wolle er sagen, daß die Sucht nach Orden und Titeln mit Ausnahme von Frankreich in keinem Lande größer sei als in der preußischen Monarchie. Es sei dies eine wahre Landes-Galimatät. Endlich kommt er auf die Schwierigkeiten des Übergangs, für welche er bisher noch keine Lösung gefunden habe. Was die Abgrenzung der Bezirke betrifft, so habe die Vorlage eine tiefe Mißstimmung in seiner Heimat erregt. Die Sparsamkeit sei hier nicht am Platze; es sei zu sehen, daß der Herr Finanzminister in den Entwurf „hineingeht“. Der Justizminister Dr. Leonhardt erkennt an, daß ihn die Zeit des Übergangs mit Sorgen erfülle, aber er begreife nicht, wie da die Unabhängigkeit des Richterstandes gefährdet werde.

„Und Sie wußten es?“

Mr. Hunter glaubte sein Spiel gewonnen; aber er hatte zu früh gejubelt, denn im nächsten Augenblick war Mr. Kernot wieder auf ihrer Hut. Sie sprach ruhig über das trübe Wetter, lächelte bezaubernd und blätterte dabei nachlässig in ihrem Buche.

Der Geheimpolizist ging hinaus, und als seine Tritte verhallt waren, murmelte die Witwe vor sich hin:

„Mit diesen finsteren, unempfindsamen Menschen ist am schlechtesten fertig zu werden. Sie sagen so wenig und fragen und hören so viel. Jedes Wort legt sie auf die Waage und grübeln noch über dessen Bedeutung nach, wenn wir es längst vergessen haben. Ich werde künftig besser auf meiner Hut sein!“

17. Kapitel.

Blößliche Trennung.

Reynold Lindsay, tief beklommen über das Gehörte, machte sich nach der Unterredung mit dem Geheimpolizisten sofort auf den Weg nach der Villa. Er war unschlüssig, ob er sich zunächst an Lord Temple oder an Alice wenden sollte, und entschied sich nach langem Überlegen für das Letztere, hoffend daß sie einen Ausweg aus dieser Bedrängnis finden möge, ohne ihrem Gatten etwas davon sagen zu müssen.

Bald nach seiner Ankunft in der Villa fand er Gelegenheit, Alice unbemerkt zuflüstern zu können:

„Ich habe Ihnen etwas Wichtiges zu sagen; ich erwarte Sie in der Bibliothek.“

Ohne eine Antwort abzuwarten, entfernte er sich aus dem Salon, und bald darauf folgte ihm Alice. Mehrere Gäste saßen um einen Spieltisch, und mit einigen andern war Lord Temple in eine lebhafte Discussion verwickelet, so daß sie nirgends vermisst wurde.

Er behauptete mit der größten Entschiedenheit, daß der preußische Richter unabhängig sei. (Bravo). Die Discussion wird geschlossen, und beide Entwürfe an eine Commission von 28 Mitgliedern verwiesen. Nächste Sitzung morgen Nachm. 1 Uhr. Verschiedene kleine Vorlagen, Petitionsberichte, Interpellation Richter-Hagen betr. den Replikenfonds.

Schluß der Sitzung 4 Uhr.

△ Neben den Attentäter Lubowski, den ich Ihnen schon gestern als einen wegen Urkundenfälschung verfolgten Schwindler bezeichnete, liegen heute weitere ausführlichere Nachrichten vor. Man ist zu der festen Überzeugung gelangt, daß man es hier mit einer Mystifikation und einem groben Schwindel zu thun hat. Den Verhören, welche der Verhaftete bisher zu bestehen hatte, wohnten bei: der Staatsanwalt Tessendorff, Stadtgerichts-Präsident Krieger, Stadtgerichtsrath Zohl, Polizei-Präsident v. Madai, Reg.-Rath Heinrich und der Direktor der Kriminal-Polizei, Reg.-Rath Schmidt. Das Resultat derselben geht dahin, daß E. allerdings geständigt war, mit den gedachten Mordplänen nach Berlin gekommen zu sein, daß er aber später zugeben musste, dies Geständniß nur fälschlich abgelegt und geradezu erfunden zu haben. Der Mann ist nämlich keineswegs ein „vornehmer Pole“, oder ein „enragierter Ultramontaner“, zu welchen man ihn bereits stempeln wollte, sondern ein einfacher Schwindler Namens Lubowski, der wegen eines anderweitigen Verbrechens (Betrug resp. Urkundenfälschung) steckbrieflich wird und dessen Personalbeschreibung sich schon seit längerer Zeit in den Händen der hiesigen Polizei befindet. Der Arrestant gab zuerst an, ein Sohn des Grafen Ledochowski zu sein, mit hiesigen hochgestellten Personen und mit der Kurie in Rom in Verbindung zu stehen. Bei diesen Angaben blieb er. Da erinnerte sich ein Kriminal-Beamter einer Photographie, welche ein Rechtsanwalt aus Schönlanke von seinem Bureauvorsteher Namens Lujowski hierher geschickt hatte, der ihn um mehrere Tausend Thaler betrogen und der in der Provinz Posen unter dem Namen Krüger arge Schwindelcien verübt. Bei näherer Untersuchung der Alten stellte es sich heraus, daß man es mit einem Hochstapler erster Klasse und mit einem mehrfach mit Zuchthaus bestraften Individuum zu thun hatte. Der p. Lubowski ist in einer Krankenzelle der hiesigen Stadtvoigtei untergebracht worden. Sein Auftreten zeigt einen entschlossenen Menschen; er ist schlank gewachsen, blond und hat einen Anflug von Bart. Die Identität des Lubowski ist angeblich bereits von einem in einem hiesigen Handlungshause beschäftigten jungen Mann, der ein entfernter Verwandter von ihm ist, festgestellt worden.

△ Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht heute eine Verfügung des Evangelischen Oberkirchenrats an den Vorstand der vereinigten Kreissynoden Berlin's vom 17. d. Mts., in welcher konstatiert wird, daß die erste Versammlung der vereinigten Kreissynoden in einer wenig förderlichen Verlauf genommen habe. Die Versammlung habe vor ihrer wichtigsten Aufgabe, die kirchlichen Nothstände der Stadt im Zusammenhange zu prüfen und Mittel der Abhülfe zu suchen, Halt gemacht. Nach einer längeren Darlegung bemerkte die Verfügung schließlich: „Es ist die Pflicht des Kirchenregiments derartige Ausschreitungen zu verhindern, am meisten dann, wenn sie gleich in der beginnenden Entwicklung einer neugefahrfenen Institution hervortretend, die Gefahr herbeiführen, daß die Wirksamkeit derselben von vornherein in falsche Bahnen gelenkt und völlig unfruchtbare gemacht wird. Wir weisen deshalb den Vorstand der vereinigten Kreissynoden an, sich nach den vorstehend dargelegten Gesichtspunkten unverbrüchlich zu richten und machen es insbesondere dem Herrn Vorsitzenden zur Pflicht, Gegenstände, welche außerhalb der Kompetenz der vereinigten Kreissynoden liegen, unter keinen Umständen in ihren Versammlungen zur Verhandlung zuzulassen.“

A u s l a n d .

Oesterreich. Wien, den 19. November. Sitzung des Abgeordnetenhauses. Der Finanzminister Depretis vertheidigte in längerer beispielhaft aufgenommener Rede die Bankvorlage, indem er die Vortheile der Erhaltung einer gemeinsamen Bank gegenüber einer selbstständigen ungarischen Bank hervorhob und die Notwendigkeit der dualistischen Gestaltung der neuen Bank begründete. Weiter führte der Minister aus, daß der Credit der Bank durch die neue Organisation nicht geschädigt werde, sondern aufrecht erhalten bleibe. Minister Unger vertheidigte gleichfalls die Bankvorlage und wandte sich dabei gegen verschiedene Vorredner, namentlich gegen Kellergärtner. Minister Unger betonte die Notwendigkeit des Ausgleichs mit Ungarn. Zum ersten male werde jetzt zwischen Oesterreich u. Ungarn eine Brücke geschlagen, auf der man nicht nur von Oesterreich nach Ungarn, sondern auch von Ungarn nach Oesterreich gelangen könne. Der Minister erklärte schließlich, die Annahme der Bankvorlage würde den staatsrechtlichen und wirtschaftlichen Frieden, die Ablehnung derselben den staatsrechtlichen und wirtschaftlichen Krieg bedeuten. (Lebhafter Beifall.) Die Generaldebatte wurde geschlossen. Morgen werden die Abgeordneten Herbst und Skene sprechen.

Frankreich. Paris 19. November. Die Verhandlungen we-

„Was haben Sie mir zu sagen, Reynold?“ fragte sie freundlich, aber doch mit etwas unsicherer Stimme, welche ihre Besorgniß verriet, als sie in die Bibliothek kam.

„Meine Liebe Alice,“ sagte Reynold betrübt, „ich fürchte, es sind schwere Tage für Sie im Anzuge; denn fast Alles, was je mal bekannt werden kann, ist jetzt bekannt. Es ist Gefahr vorhanden, daß Ihr Geheimnis an die Öffentlichkeit gezogen und zum Tagesgespräch wird. Vielleicht ahnen oder wissen Sie schon, daß Thomas Parsey's Vater einen schrecklichen Verdacht gegen Sie hat. In der That liegt die Sache auch so fatal, daß der Schein ganz gegen Sie ist. Ein Polizeispion hat ausfindig gemacht, in welchem Verhältniß Sie zu Thomas Parsey standen, und man weiß, daß Sie an jenem verhängnisvollen Abend mit demselben eine Zusammenkunft hatten.“

„Und Sie, Reynold, zweifeln Sie an mir?“

„Wie können Sie so fragen, Alice! Ich würde nicht an Ihnen zweifeln, auch wenn ich Sie nicht geliebt hätte, denn ich habe meine eigene Idee darüber, wer die Schuldigen sind; aber um diese zur Verantwortung zu ziehen und zu übersetzen, bedarf es Zeit, und Sie müssen aus dem Wege sein.“

„Warum?“

„Mr. Parsey ist nach London gereist zu einem Zweck, der eine Bekleidung für Sie im Gefolge trägt; aber wenn Sie nicht hier sind, kann Ihnen kein Leid geschehen. Nichts ist leichter zu sagen, als daß Sie Luftveränderung nötig haben. Geben Sie der Dienerschaft Befehl, diese Nacht Ihre Sachen zu packen; es muß den Anchein haben, als wäre Ihre Abreise schon vorher bestimmt gewesen. Sie wissen, der Baron wird Alles thun, was Sie wünschen.“

(Fortsetzung folgt.)

gen Bildung eines neuen Cabinets sind erheblich vorgeschritten, gleichwohl dürfte kaum vor Mittwoch die Veröffentlichung des neuen Ministeriums im „Journal officiel“ erfolgen.

Versailles, 19. November. Senat. Der Herzog v. Broglie ergriff das Wort und führte aus, daß die von der Deputirtenkammer eingesetzte Untersuchungskommission der Grundlage der Unparteilichkeit entbehre und ein Eingriff der legislativen Gewalt in die Sphäre der richterlichen und die der Executive sei. Broglie entwickelte darauf die auf diese Frage bezüglichen Ansichten früherer liberalen Minister unter der Restauration und der Julimonarchie. Die Untersuchungskommission der Deputirtenkammer sei eine parlamentarische, keine richterliche. Die Bürger seien nicht gehalten, derelben Rede zu stehen; die Beamten blieben hinsichtlich derselben unter der Autorität ihrer Vorgesetzten und müßten deren Befehle und Instruktionen entgegennehmen. „Dies sind die Instruktionen, welche wir in dem Augenblick gegeben haben, wo wir im Begriff stehen, die Gewalt niederzulegen. Sie lassen alle sozialen Principien intact, die wir unseren Nachfolgern intact lassen wollen.“ — Laboulaye führte aus, die Deputirtenkammer habe das Recht nicht nur zur Einsetzung einer parlamentarischen, sondern auch einer richterlichen Untersuchungskommission. Dieses Recht ergebe sich notwendigerweise aus dem Rechte der Erhebung der Ministeranklage. Die Regierung müsse daher ihre Beamten auffordern, vor den Mitgliedern der Untersuchungskommission zu erscheinen. Die Verantwortlichkeit des Senats sei eine außerordentliche. — Der Präsident, Herzog v. Audiffret-Pasquier, verlas hierauf folgende von der Rechten eingebrachte Tagesordnung: „Der Senat geht, indem er von den Erklärungen der Regierung Act nimmt und indem er entschlossen ist, gemäß der conservativen Prinzipien, welche er stets vertreten hat, keine Beinträchtigung der Prärogative, welche jeder der öffentlichen Gewalten zustehen, zuzulassen, zur Tagesordnung über.“ — Nachdem darauf noch Dufaure das Wort ergriffen hatte, wurde diese Tagesordnung mit 142 gegen 138 Stimmen angenommen.

Türkei. Konstantinopel, 19. November. Die Brüder Geschoff sind hier angekommen und im Ministerium der Polizei untergebracht, nicht gefangen gesetzt worden. Der Großezer ist den englischen Vertreter Lahard benachrichtigt, daß die Brüder Geschoff wahrscheinlich nach Aleppo verbann werden würden. — Gestern hat die anderweite Wahlverhandlung zur Verwaltung der türkischen Deputirtenwahlen stattgefunden. Von den gewählten 10 Deputirten sind 4 armenische Christen, 6 Muselmänner; unter den letzteren befindet sich Sadik Pascha.

P r o v i n z i e s s .

?? Lissewo, 21. Novbr. Dr. G. Die gestrige Versammlung des hiesigen landwirtschaftl. Vereines war von 3 Mitgl. besucht, von denen natürlich eines der als Agitator für polnisches Vereinswesen bekannte Decan Kacki war.

† Golumsee, 21. Nov. Dr. G. Gestern tagten hier 3 Vereine. Der deutsche landwirtschaftliche, die poln. Volksbank n. der polnische landwirtschaftliche Verein. Letzterer war einschließlich des Ortspfarrers von Kaminski von 10 Mitgliedern besucht. — Eine Angelegenheit des genannten Herren Pfarrers erregt gegenwärtig lebhaftes Aufsehen. Derselbe war am 12. 6. a. c. nach § 131. des Str. Ges. B. wegen einer in Schwirien am 21. 1. a. c. gehaltenen Rede zu einer Geldstrafe von 150 Mt. verurtheilt. In der „Gazetatorunsk“ vom 20. 6. theilte ein hiesiger Correspondent, dessen Persönlichkeit leicht zu errathen ist, mit, daß ein hiesiger jüdischer Bürger sich bereit erklärt habe, die Strafsumme für den Herrn Pfarrer zu entrichten. Dieser lebte indeß für die erwiesene Theilnahme seinen Dank aussprechend, das Anerbieten ab. Der betreffende jüdische Mitbürger leugnet aber auf das Entschiedenste, ein solches Anerbieten gestellt zu haben und beabsichtigt, wie es scheint, den Pfarrer von Kaminski zu verklagen, da er ihn durch ein solches Andichten gesellschaftlich in Mizerredit gebracht habe.

Danzig, 20. November. Gestern wurde das neuerrichtete Schulgebäude am Legethor von Lehrern und Schulkindern bezogen und darin der Unterricht eröffnet. Es ist in demselben eine 7klassige paritätische Bezirks-Mädchenchule der Vor- und Rechtstadt eingerichtet, und zum Leiter derselben der Hauptlehrer Lethau ernannt. Gleichzeitig ist die bisherige evangelische Mädchenchule der Rechtstadt auf dem Johanniskirchhofe in eine paritätische Bezirks-Mädchenchule und die bisherige Bezirks-Mädchen- und Knabenchule auf dem Petrikirchhofe in eine 12klassige Bezirks-Knabenschule für die Vor- und Rechtstadt umgewandelt, die bisherige evangelische Knabenschule der Rechtstadt aufgegeben.

— Der Kaufmann Hermann Rothwanger zu Danzig ist zum türkischen General-Konul für den hiesigen Bezirk ernannt und demselben von der diesseitigen Reichsbehörde das Exequatur verliehen worden. — Eine mörderische Messer-Affaire hat sich vorgestern Nachmittag um 6½ Uhr an der um diese Zeit von Spaziergängern noch stark belebten Promenade vor dem Hohen Thor zugegragen. Der ca. 30 Jahre alte Arbeiter Albert Burde aus Schellingfelde passierte um jene Zeit in Gemeinschaft mit seiner Braut, der verwitweten Franziska Scheide die Promenade, um sich befußt Vollziehung von Einkäufen nach der Stadt zu begeben. Am Krebsmarkt wurde derselbe plötzlich von zwei Männern mit beschimpfendem Anruf angefallen und von dem einen derselben an der Kehle gepackt. B., der, wie die „D. Z.“ sagt, wahrscheinlich in der Hand des Angreifers ein Messer gesehen hat, suchte zu entfliehen, und man sah den Fliehenden sowohl als den Angreifer nach dem gegenüber dem Gebäude der Lage „Eugenia“ befindlichen Rondel sich fortbewegen, wohin demnächst auch die Scheide ihnen gefolgt zu sein scheint. Gleich darauf fand man hier die Scheide, aus mehreren Wunden blutend, an der Erde liegen, während Burde, scheinbar bestinnungslos, an dem den Grasplatz einfriedenden Geländer kauerte. Beide Personen wurden sofort nach dem städtischen Lazareth geschafft, Burde war aber bereits verstorben, als er dort ankam. Er hatte einen tiefen Messerstich in den Hals erhalten, der die Lufröhre durchschnitten haben muß; die Scheide war dagegen durch eine Anzahl ebenfalls von Messerschnitten hervorräder Kopfwunden schwer verletzt; ihr Kopf soll an verschiedenen Stellen förmlich skalipt sein. Der Täter hatte, als man die unheimliche That bemerkte, sich längst entfernt, doch ist es gelungen, denselben in der Person eines gewissen August Zielinski in der Johanniskirche zu verhaften. Das blutige Messer wurde bei ihm vorgefunden. Er hat bereits ein erlöpfendes Geständnis abgelegt. Die Sektion der Leiche des Burde ist von der königlichen Staatsanwaltschaft bereits auf morgen angeordnet.

Bromberg, 20. Nov. Die Generalversammlung des landwirtschaftlichen Centralvereins für den Regedistratz findet am Mittwoch, den 28. er., in Moritz' Hotel hier selbst statt. Folgendes ist die Tagesordnung: 1) Wahl des Vorsitzenden, des stellvertretenden Vorsitzenden, des Generalsekretärs und des Schatzmeisters. 2) Erledigung des Geschäftlichen. Allgemeine Mitteilungen. Vorlage des Etats pro 1878. 3) Das Verhältniß der Lokalvereine zu den Kreisvereinen resp. letzterer zum Centralverein. Kommiss-

Inserate.

Bekanntmachung.

Am Sonntage den 25. d. Mts. dem Tage der Feier zum Gedächtniß der Verstorbenen, wird in den sämtlichen Kirchen hier selbst, nach dem Vormittags-Gottesdienste eine Collecte zum Besten armer Schulkindern, — befußt Vermehrung der von der Armenkasse gewährten unzulässigen Mittel zur Beschaffung der nothwendigsten Kleidungsstücke für dieselben, sowie um ihnen ein frohes Christfest zu bescheren und den Schulbesuch im Winter zu ermöglichen, beziehungsweise denselben zu fördern — durch Armen-Deputirte an den Kirchhüren abgehalten werden.

Im Namen dieser zahlreichen armen Kinder, wenden wir uns an den bewährten Weihheitsgeist unserer Mitbürger mit der dringenden Bitte, reichliche Gaben spenden zu wollen.

Die Herren Schuldirectoren und Armandeputirten sind jederzeit bereit, Gaben, namentlich auch getragene Kleider von Freunden und Wohlthätern der armen Schuljugend, für den beregten Zweck anzunehmen.

Thorn, den 5. November 1877.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Im Einvernehmen mit der Schuldeputation haben wir beschlossen, die bisherige Art und Weise der Einziehung des Schulgeldes in der höheren Töchterschule, der Knaben- und Mädchens-Mittelschule fortan aufhören zu lassen.

Künftig wird das Schulgeld nicht durch den Kassenboten aus den Wohnungen der Eltern resp. Vormünder abgeholt, sondern an bestimmten Tagen, welche von den Dirigenten der vorgenannten Anstalten den Schülern bekannt zu machen sind, in dem betreffenden Schullokal von einem Beamten der Kassenverwaltung eingezogen werden.

Die Schulkinder haben hierzu das Schulgeld mitzubringen resp. bleibt es den Eltern überlassen, das Schulgeld an den betreffenden Tagen selbst zur Schulkasse einzuzahlen.

Erfolgt die Zahlung des Schulgeldes an den dafür bestimmten Terminen nicht, so wird dasselbe im Wege des Zwangsverfahrens, wozu auch die Verweisung von der Schule gehört, zur Einziehung gebracht werden.

Thorn, den 19. November 1877.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Montag, d. 26. Novbr.
Vormittags 9 Uhr werden bei der unterzeichneten Güter-Expedition 5000 Kgl. Weizenkleie meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkauft.

Tabolowo, den 20. November 1877.

Die Güter-Expedition.

Preuss.

Kissners Restauration
Kl. Gerberstraße 16.
Heute Mittwoch, den 21. d. Mts.

Abends 7 Uhr

frische Bratwurst
in und außer dem Hause.
Es ladet ergebenst ein

Kissner.

Thomas Restauration.
Bäckerstraße 246.
Heute Donnerstag Abends von 6 Uhr ab

Wurstpicknick,
fetter Gänsebraten und
Schmortkohl.
Für gute Getränke ist bestens gesorgt.

Holsteiner Austern und
schöne Spickgänse
offen A. Mazurkiewicz.

„Pilsener Bier“
aus der

Ersten Pilsener Actienbierbrauerei,
eingeführt in Deutschland im October 1873,
zu beziehen durch das

ausschliesslich autorisierte Haupt-Depôt für die
Provinz Schlesien

M. Karfunkelstein & Co.

Hostieferanten,
Breslau,
Schmiedebrücke 50.

Allen, welche uns bei dem am 16. Novbr. er. zum Besten des Mockerschen Waishaus veranstalteten Bazar ihre Hilfe gewährt haben, sagen wir hierdurch unsern ergebensten und herzlichsten Dank.

Der Vorstand.

Verein für Volksbildung.

Den geehrten Mitgliedern zur Nachricht, daß am

Sonnabend, den 24. November
Abends 8 Uhr im Artushofe eine musikalisch-deklamatorische Abendunterhaltung mit Tanz stattfindet. Entrée pro Person 25 Pf.

Der Vorstand.

Bahnarzt

H. Vogel,

Berlin,

ist nicht vom 23., sondern bestimmt und auf jeden Fall vom 26.—30. November zu konsultiren in Thorn.

Praktische Weihnachtsgeschenke!!

1 prächtige schöne Tuchtblende, 6 Stück gute weiße Taschentücher, 3 Paar prächtolle Manschetten, 1 Garnitur Manschetten und Kragenknöpfe, 1 reizendes Herren-Cachet, 1 weißes Seidentuch, 12 Stück neueste Damentücher, 1 reizendes Damenkleid, 1 weißes Seidentuch, 1 reizendes Lavalette, 3 Stück Bindeschleife von 4 fach gelegter Ripsseite.

Sämtliche Gegenstände kosten iucl. Verpackung zusammen nur 6 Mark und sende dieselben franco gegen Postvorschuß oder Einsendung des Betrages.

Max Levit, Dresden,
Wallstraße 5a.

Spielwerke

4 bis 200 Stücke spielend; mit oder ohne Expression, Mandoline, Trommel, Glocken, Castagnetten, Himmelstimmen, Harfenspiel etc.

Spieldosen

2 bis 16 Stücke spielend; ferner Necceaires, Cigarrenständer, Schweizerhäuschen, Photographie-albums, Schreibzeuge, Handschuh-kasten, Briefbeschwerer, Blumen-vasen, Cigarren-Etuis, Tabakdosen, Arbeitsstifte, Flächen, Bier-gläser, Portemonnaies, Stühle etc., alles mit Musik.

Stets das Neueste empfiehlt

J. H. Heller, Bern.

Alle angebotenen Werke, in denen mein Name nicht steht, sind freunde; empf. Federmann dienten Bezug, illustrierte Preis-listen sende franco.

Carl Spiller.

Ein, nach Hrn. Horstigs Vorschrift bereitetes, längst als gut anerkanntes

Eau de Cologne

ist wieder vorrätig.

Walter Lambeck.

C. Gärtner

in Löbau in Sachsen

Großdeutsche-Commission-Ge-

schäft.

(Eigene Niederlagen.)

Ein mbl. Zimmer nach vorn und

Parterre sof. zu verm. Bache 47.

A. Mazurkiewicz.

„Pilsener Bier“

aus der

Ersten Pilsener Actienbierbrauerei,

eingeführt in Deutschland im October 1873,

zu beziehen durch das

ausschliesslich autorisierte Haupt-Depôt für die

Provinz Schlesien

M. Karfunkelstein & Co.

Hostieferanten,

Beuthen O.-Shl.,

Ritterstrasse.

offen A. Mazurkiewicz.

„Pilsener Bier“

aus der

Ersten Pilsener Actienbierbrauerei,

eingeführt in Deutschland im October 1873,

zu beziehen durch das

ausschliesslich autorisierte Haupt-Depôt für die

Provinz Schlesien

M. Karfunkelstein & Co.

Hostieferanten,

Beuthen O.-Shl.,

Ritterstrasse.

offen A. Mazurkiewicz.

„Pilsener Bier“

aus der

Ersten Pilsener Actienbierbrauerei,

eingeführt in Deutschland im October 1873,

zu beziehen durch das

ausschliesslich autorisierte Haupt-Depôt für die

Provinz Schlesien

M. Karfunkelstein & Co.

Hostieferanten,

Beuthen O.-Shl.,

Ritterstrasse.

offen A. Mazurkiewicz.

„Pilsener Bier“

aus der

Ersten Pilsener Actienbierbrauerei,

eingeführt in Deutschland im October 1873,

zu beziehen durch das

ausschliesslich autorisierte Haupt-Depôt für die

Provinz Schlesien

M. Karfunkelstein & Co.

Hostieferanten,

Beuthen O.-Shl.,

Ritterstrasse.

offen A. Mazurkiewicz.

„Pilsener Bier“

aus der

Ersten Pilsener Actienbierbrauerei,

eingeführt in Deutschland im October 1873,

zu beziehen durch das

ausschliesslich autorisierte Haupt-Depôt für die

Provinz Schlesien

M. Karfunkelstein & Co.

Hostieferanten,

Beuthen O.-Shl.,

Ritterstrasse.

offen A. Mazurkiewicz.

„Pilsener Bier“

aus der

Ersten Pilsener Actienbierbrauerei,

eingeführt in Deutschland im October 1873,

zu beziehen durch das

ausschliesslich autorisierte Haupt-Depôt für die

Provinz Schlesien

M. Karfunkelstein & Co.

Hostieferanten,

Beuthen O.-Shl.,

Ritterstrasse.

offen A. Mazurkiewicz.

„Pilsener Bier“

aus der

Ersten Pilsener Actienbierbrauerei,

eingeführt in Deutschland im October 1873,

zu beziehen durch das

ausschliesslich autorisierte Haupt-Depôt für die

Provinz Schlesien

M. Karfunkelstein & Co.

Hostieferanten,

Beuthen O.-Shl.,

Ritterstrasse.

offen A. Mazurkiewicz.

„Pilsener Bier“

aus der

Ersten Pilsener Actienbierbrauerei,

eingeführt in Deutschland im October 1873,

zu beziehen durch das

ausschliesslich autorisierte Haupt-Depôt für die